V-07-011

Aufforderung zur Debatte zum Selbstbestimmungsgesetz

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in: Maik Babenhauserheide (KV Herford)

Änderungsantrag zu V-07

Von Zeile 11 bis 40:
Wir sind heute der Meinung:

• Ja, es gibt Handlungsbedarf. Das bestehende TSG entspricht nicht mehr den gesellschaftlichen Werten und

muss durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzt werden, das trans* Personen die Möglichkeit gibt, ohne entwürdigenden Prozess ihre tatsächliche geschlechtliche Identität in einem einfachen Verfahren juristisch anzupassen.

• Die geplante Veränderung

~~Wir sind heute der Meinung:~~

~~• Ja, es gibt Handlungsbedarf. Das bestehende TSG entspricht nicht mehr den gesellschaftlichen Werten und bedarf einer Anpassung, die transsexuellen Menschen Erleichterung einräumt und mehr Akzeptanz in der Gesellschaft verschafft~~

~~• Die geplante Veränderung, Recht auf Selbstdeklaration des Geschlechtes in der im Eckpunktepapier beschriebenen Form, ist so fundamental, dass sie Auswirkungen auf andere, nicht transsexuelle Erwachsene und insbesondere auf Kinder und Jugendliche hat, und deshalb nicht ohne eine breite gesellschaftliche Zustimmung umgesetzt werden sollte.~~

~~• Wir möchten daran erinnern, dass große Reformen (wie zum Beispiel die Abschaffung des Verbots von Homosexualität, die 'Ehe für Alle', das Abtreibungsrecht, das Sterberecht usw.) in Deutschland in den meisten Fällen mit breiten überparteilichen Mehrheiten durchgesetzt worden sind. Diese Akzeptanz braucht auch das geplante Selbstbestimmungsgesetz. Weshalb wir für eine neue Regelung der Rechte von transsexuellen Menschen eine breite Mehrheit, bestenfalls unter Einbeziehung von Abgeordneten aller Parteien, anstreben.~~

~~• Dies erfordert, dass Fragen gestellt und beantwortet werden, Argumente ausgetauscht werden können, Bedenken und Ängste aller Menschen ernst genommen und respektiert werden. Eine breite gesellschaftliche Debatte sollte deshalb zuvor ermöglicht werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen, die Einwände gegen das geplante Selbstbestimmungsgesetzt vorbringen, öffentlich diffamiert, bedroht und mundtot gemacht werden. Weder parteiintern noch in der öffentlichen Debatte.~~

~~• Gute Argumente müssen gehört werden, damit für wirklich alle Seiten das Beste entstehen kann. Folgen und Spätfolgen müssen bedacht werden, damit in der breiten Bevölkerung nicht~~

~~nur die Akzeptanz für transsexuelle Menschen wächst sondern bestenfalls auch die Unterstützung derer.~~

wird nicht nur bei uns in Deutschland auf eine Weise diskutiert, die in großen Teilen komplett den Boden der Sachlichkeit verlassen hat und von einer massiven Ablehnung gegenüber trans* Personen geprägt ist. Muster und handelnde Akteur*innen sind dabei überall gleich oder austauschbar. Das Thema geschlechtliche Selbstbestimmung wird, ebenso wie z.B. das der reproduktiven Selbstbestimmung von Frauen, von der extremen Rechten als Kampffeld für einen reaktionären, patriarchalen Kulturkampf gegen ein progressives Weltbild missbraucht. Leider gehen sie dabei sehr geschickt und mit einem Verständnis für Framing und politische Kommunikation vor. Sie schaffen es, Botschaften zu platzieren, die sich verbreiten und zum Teil von Leuten transportiert werden, denen der Ideologische Ursprung dieser Botschaften nicht bewusst oder schlicht egal ist. Absurderweise hat sich eine Szene entwickelt, in der aus einer vermeintlich feministischen Perspektive in diesen Kulturkampf eingestimmt wird. Dabei funktioniert ein Framing, das insbesondere trans* Frauen als Bedrohung darstellt und angeblich für den Erhalt von Schutzräumen für Frauen gestritten wird leider sehr gut.

• Wir möchten daran erinnern, dass große Reformen (wie zum Beispiel die Abschaffung des Verbots von Homosexualität, die 'Ehe für Alle', das Abtreibungsrecht, das Sterberecht usw.) in Deutschland oft mit breiten überparteilichen Mehrheiten durchgesetzt worden sind

, was aber meist das Ergebnis beharrlichen Einstehens für Freiheit und Selbstbestimmung gegen gesellschaftliche Widerstände war. Hätten wir immer nur ängstlich den Finger in den Wind gehalten, gäbe es so etwas wie eine Ehe für Alle heute gar nicht. So werden wir auch dieses Mal in den kommenden parlamentarischen Prozess gehen. Klar an unseren Werten und den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert, fair in der Diskussion mit demokratischen Parteien und wachsam gegenüber menschenverachtenden Ideologien und Ressentiments.

Begründung

Wir sind eine debattenfreudige Partei und das ist auch gut so. Ebenso wie unsere innerparteilichen demokratischen Verfahren. Auf diese Weise sind wir auch zu dem Beschluss gekommen, dass wir das diskriminierende Transsexuellengesetz durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen wollen. Nun sind wir in der Regierung und nach 16 Jahren Stillstand dabei, längst überfällige Reformen anzupacken und unsere Gesetze gesellschaftlichen Realitäten anzupassen. Das Selbstbestimmungsgesetz dabei ein zentrales Vorhaben.

Selbstverständlich werden wir den kommenden parlamentarischen Prozess auch als Partei begleiten und die Diskussion weiterführen. Allerdings sollten wir das auf eine Weise tun, die wichtige Aspekte nicht ausklammert und Kritik an transfeindlichen Strömungen auch in unserer eigenen Partei zulässt.

Der vorliegende Antrag mag im Ton Ausgeglichenheit vorgaukeln. Im Kern will er aber nichts anderes, als die Verzerrung der Debatte. Es ist nun einmal so, dass trans* Personen dämonisiert und als Gefahr insbesondere für Frauen dargestellt werden. Wollen wir als Grüne tatsächlich zukünftig unsere Diskussionen so führen, dass wir diffamierende Zerrbilder von Minderheiten den berechtigten Bedürfnissen von Menschen gleichberechtigt gegenüberstellen und einen

Interessenausgleich zwischen diesen Polen suchen? Wir sind kein wertneutrales Forum für alle möglichen Meinungen.

Deshalb wünschen wir uns eine faire Debatte, in der die Würde der Menschen im Mittelpunkt steht, deren Leben durch dieses Gesetz tatsächlich beeinflusst wird und Kritik an Transfeindlichkeit nicht durch Diffarmierungsvorwürfe unmöglich gemacht wird.

Da viele Delegierte mit dem Thema nicht wirklich vertraut sind, haben wir hier noch einige Hintergrundinformationen:

https://www.volksverpetzer.de/lgbtqi/extreme-rechte-feministinnen/?fbclid=IwAR1ENuR--5vHc9OV4fHyzAUULycYyPKn1cZ-wLe9dG5BnXOQMO9yhsAwr10

https://www.spiegel.de/kultur/geschlechter-identitaet-warum-die-transfeindliche-debatte-einfach-nicht-verstummt-a-83f1a47f-e800-46bf-b5ed-252afb213310

weitere Antragsteller*innen

Philipp Lang (KV Stuttgart); Tenko Saphira Bauer (KV Ludwigshafen-Stadt); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Maike Pfuderer (KV Stuttgart); Rafael Schyska (KV Bremen-Nordost); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Achim Jooß (KV Ortenau); Natascha Kauder (KV Frankfurt); Marcel Pascal Hinzer (KV Köln); Andrea Peuler-Kampe (KV Hagen); Rico Ullmann (KV Wiesbaden); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Karoline Sophie Hinkfoth (KV Wiesbaden); Antje Westhues (KV Bochum); Stefan Müller (KV Düsseldorf); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Bernhard Kern (KV Berlin-Mitte); Xenia Hartmann (KV Karlsruhe); Arebs Stettin (KV Wetterau); sowie 74 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.